

Jetzt sitzen die Bürger am längeren Hebel

Gemeinderat | Bisinger entscheiden, ob interkommunales Gewerbegebiet eingerichtet wird / Alle Fakten zum Thema im Überblick

■ Von Alexander Kauffmann

Bisingen. Die Entscheidung ist am gestrigen Dienstagabend gefallen: Der Gemeinderat hat beschlossen, dass die Bürger beim interkommunalen Gewerbegebiet das letzte haben. Wir haben zu diesem Anlass die wichtigsten Fakten zum Thema in Fragen und Antworten zusammengefasst:

Warum soll das interkommunale Gewerbegebiet mit Balingen in Bisingen realisieren?

Die Stadt Hechingen hat mit 24 Hektar ausreichend Entwicklungspotenzial. Balingen kann die Nachfrage jedoch nicht mehr aus eigener Kraft decken. Dort sind die Flächen erschöpft. Insbesondere Anfragen von bislang außerhalb Balingens tätigen Firmen haben somit keine Option, sich dort niederzulassen. Die geografisch nächstliegende Option liegt in Bisingen.

Hat Bisingen derzeit noch eigene Kapazitäten?

Bisher ja. Die Ost-Erweiterung des Gewerbegebiets Nord wird 6,5 Hektar mehr Gewerbeflächen bringen, und die Norderweiterung – die noch nicht sicher ist – weitere 18 Hektar. Solches Potenzial hat Balingen nicht. Ein interkommunales Gewerbegebiet würde nochmal eine Fläche mit maximal 38,5 Hektar für die Ansiedlung von Gewerbe schaffen. Manch einer stellt die Frage, ob die beiden ersten Erweiterungen überhaupt realisiert werden, wenn das interkommunale Gewerbegebiet kommt.

Wie ist der aktuelle Stand beim interkommunalen Gewerbegebiet?

Das Projekt befindet sich noch ganz am Anfang. Bislang hat der Gemeinderat beschlossen, dass ein »raumordnerischen Vertrag« unterschrieben wird. Die Kooperation zwischen der Gemeinde Bisingen und der Stadt Balingen ist zwingende Voraussetzung für ein interkommunales Gewerbegebiet, heißt es darin etwa. Falls die Gespräche mit Balingen nicht zu einem Ergebnis führen, steht die vorgesehene Fläche nicht mehr zur Bebauung zur Verfügung. Der raumordnerische



Welchen Weg wird Bisingen einschlagen? In einigen Jahren werden die Bürger selbst entscheiden, ob auf dieser bislang landwirtschaftlich genutzten Fläche das interkommunale Gewerbegebiet entstehen wird. Foto: Kauffmann

Vertrag ist die Voraussetzung, dass Gespräche stattfinden, ist aber nicht insofern bindend, dass ein interkommunales Gewerbegebiet auf jeden Fall eingerichtet wird. Die Ursprungsfassung des Vertrags hat der Gemeinderat Bisingen abgeändert. Der neuen Fassung hat Balingens Gemeinderat zugestimmt.

Welche Änderungen hat Bisingens Gemeinderat am raumordnerischen Vertrag vorgenommen?

Der Vertrag teils grundlegend geändert. So soll das interkommunale Gewerbegebiet – falls es realisiert wird – allen Gemeinden im Zollernalb-

kreis offen stehen. Ersatzlos gestrichen wurde, dass ein Zweckverband Bisingen-Balingen für das interkommunale Gewerbegebiet gegründet wird. Außerdem gestrichen wurde der Punkt, dass das interkommunale Gewerbegebiet vorrangig entwickelt werden soll gestrichen.

Bedeutet der raumordnerische Vertrag, dass das Gewerbegebiet auf jeden Fall eingerichtet wird?

Ganz klar: nein. Der Vertrag ist eine Absichtserklärung. Gleichwohl sehen Projektgegner diesen Vertrag als ersten Schritt, sozusagen als ersten Dominostein, der das Projekt

auf Dauer ins Rollen bringen könnte.

Welche Fragen sind derzeit offen?

Man kann sagen: alle. So ist unklar, mit welchen Kommunen des Zollernalbkreises die Fläche entwickelt werden soll – laut Beschluss des Bisinger Gemeinderats soll das neue Gewerbegebiet nicht nur Bisingen und Balingen zur Verfügung stehen. Außerdem steht nicht fest, wie groß das Gebiet letztlich wird. Offene Fragen gibt es auch im Hinblick auf die Kosten: Wer bezahlt die Erschließung? Die Verlegung von Glasfaser-Internet? Den Bau von Stra-

ßen? Und wer erhält wie viel Gewerbesteuer?

Wie steht die Bürgerinitiative zum Bürgerentscheid?

Die BI begrüßt die Initiative von Gemeinde und Gemeinderat, zumal auch die BI einen Bürgerentscheid über das Gewerbegebiet nie ausgeschlossen hatte. Kritik ist aus den Reihen der BI zu hören, weil der Bürgerentscheid erst in einigen Jahren durchgeführt wird.

Warum wird der Bürgerentscheid nicht noch dieses Jahr durchgeführt?

Weil bis dahin noch nicht alle Fakten über das neue Gewerbe-

Kommentar

Von Alexander Kauffmann



Offene Fragen

Gemeinderat und Bürgermeister haben die letzte Entscheidung zum interkommunalen Gewerbegebiet den Bürgern überantwortet. Roman Waizenegger, der erneut für das Bürgermeisteramt kandidiert, hat das Thema damit wenige Wochen vor der Wahl erfolgreich gelöst. Und die Bürgerinitiative? Wie schwierig wird es, die Bevölkerung mobilisiert zu halten? Darauf müssen die Projektgegner in den nächsten Jahren erst einmal eine Antwort finden. Kein Wunder ist aus ihren Reihen zu hören, dass sie den Bürgerentscheid sofort haben wollen. Die Bisinger Bevölkerung wird viele Gelegenheiten erhalten, sich intensiv zu informieren und mitzugestalten, bevor sie entscheidet. Auch Landwirt Alexander Stauß wird dabei ein Wörtchen mitzureden haben. Werden er und weitere Eigentümer Ackerflächen verkaufen? Noch so eine offene Frage. Ist am Ende alles eine Frage des Preises?

begebiet auf dem Tisch liegen. Zunächst, so die Absicht, sollen die Gespräche geführt werden, danach sind sämtliche offenen Fragen beantwortet und dies wäre eine sinnvolle Informationsgrundlage für einen Bürgerentscheid. Deshalb findet dieser erst in einigen Jahren statt, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die Gespräche mit Balingen nicht scheitern – falls dem so sein sollte, würde auch das interkommunale Gewerbegebiet scheitern.

Wie sehen die nächsten Schritte aus?

In den nächsten Jahren wird die Verwaltung über die weitere Entwicklung beim interkommunalen Gewerbegebiet informieren. Etwa bei Bürger-Workshops oder Infoabenden – ähnlich wie beim Maute-Areal. De Bisinger können sich dabei aktiv einbringen.

Einstimmiges Votum für den Bürgerentscheid

Sondersitzung | Gut 60 Besucher sind anwesend / BI übergibt Unterschriften

Bisingen (aka). Das interkommunale Gewerbegebiet wählt Bisingen auf: In einer eigens in der Sommerpause anberaumten Sondersitzung stand dieses Thema – und nur dieses Thema – auf der Tagesordnung. Bürgermeister Roman Waizenegger sprach in Anspielung darauf von einer »besonderen Dynamik«, die die Gespräche um dieses potenzielle Großprojekt entwickelt habe.

Bei der Sitzung übergaben Vertreter der Bürgerinitiative insgesamt 2315 Unterschriften gegen das Gewerbegebiet. Applaus brandete dabei auf. Die Bürgerinitiative sei jedoch nicht »Stein des Anstoßes« für die Sondersitzung gewesen. Die Entscheidung, einen Bürgerentscheid durchzuführen, sollte die Diskussionen in der Bevölkerung wieder sachlicher machen.

Dass derzeit »weniger sachlich« über das Gewerbegebiet gesprochen werde, zeige sich laut Waizenegger vor allem

an Gerüchten. So heiße es, dass die interkommunale Zusammenarbeit schon »beschlossene Sache« sei. Waizenegger: Nein, bislang gebe es nur eine Absichtserklärung, mehr nicht.

Es stimme ebenso nicht, dass Balingen Flächen auf Bisinger Gemarkung verkaufen wird. Erstmal müsse man in Besitz dieser Flächen kommen, erklärt Waizenegger – offenbar erfahrungsgemäß keine einfache Aufgabe. Außerdem sei es falsch, dass Balingen entscheidet, welche Firmen sich ansiedeln dürfen. Fakt sei, dass solche Entscheidungen immer gemeinsam getroffen werden, ähnlich wie in einem Wasserzweckverband.

Auch die Aussage, Balingen würde Bisingen »in zehn Jahren eingemeinden« sei nicht richtig. Waizenegger: »Balingen wird Bisingen nicht eingemeinden.« Solche Gerüchte seien es, die die Diskussionen um das neue Gewerbegebiet

anfachten. Waizenegger machte deutlich, dass es für solch große Projekte den Schulterschluss von Gemeinderat, Verwaltung und Bürgern brauche. Dass der Gemeinderat einen Bürgerentscheid beschlossen hat, soll deshalb »ein eindeutiges Zeichen setzen«, die Gespräche über die interkommunale Zusammenarbeit mit Balingen wieder zu versachlichen. Wichtig: Der Gemeinderat bindet sich an das Votum der Bürger, unabhängig vom Quorum.

Applaus ertönt

Klaus Ertl erklärte: Der Gemeinderat wolle ausloten, welche Vorteile das Gewerbegebiet für Bisingen bringt. Dazu müssten erstmal Gespräche geführt werden. Ertl: »Wir sind Gemeinderäte von Bisingen, nicht von Balingen.« Die Werbung der BI bezeichnete er auch im Hinblick auf den Spruch »40 Hektar für Balingen – Nein, danke« als

»Polemik«, die sich nicht an den Fakten orientiere. Niemand habe beschlossen, dass Balingen 40 Hektar erhält. Außerdem liege seit Wochen ein Gesprächsangebot von Waizenegger vor, auf das die BI nicht eingehe, gleichzeitig aber behauptete, gesprächsbereit zu sein. Damit nicht genug: Ertl wirft der BI vor, den Gemeinderat zum Vertragsbruch aufzufordern. Grund dafür ist die Forderung, Gespräche gar nicht zu führen – womit der Gemeinderat gegen den raumordnerischen Vertrag verstoßen würde.

Gisela Birr begrüßt den Bürgerentscheid, zeigte sich jedoch enttäuscht, dass die Abstimmung erst in einigen Jahren stattfindet. Vielen Bisingern gehe es schließlich um die Flächenverbrauch und die Versiegelung der Landschaft – also nicht in erster Linie darum, zu welchem Zweck die Fläche verbraucht wird. Zudem sei es für Landwirt Stauß, für den der Acker



Alexander Stauß (von links) und Hans Pfister von der Bürgerinitiative »Wir bleiben Bisingen« übergaben Bürgermeister Roman Waizenegger Unterschriften gegen das interkommunale Gewerbegebiet. Foto: Kauffmann

Existenzgrundlage sei, eine Hängepartie. Applaus ertönt. Dieter Fecker betonte, dass in Gesprächen mit Bürgern immer wieder das Feindbild Balingen beschrieben werde. Balingen habe »Jahrzehnte versucht, uns zu blockieren«. Erneut: Zuschauer applaudieren. Fecker machte klar: »Die Verhandlungen jetzt abzubrechen, ist völlig idiotisch, weil wir noch gar nicht wissen,

wovon wir reden.« Zugestimmt werde dem Gewerbegebiet nur, wenn es sich als Vorteil für Bisingen herauskristallisiert.

Konrad Flegr befürwortet, dass der Bürgerentscheid erst in einigen Jahren stattfindet. Die Zeit bis dahin ermöglichen, »schlauwer zu werden« und alle Fakten zu dem Thema gründlich zu erörtern und danach zu entscheiden.